



Niederschrift

Gremium			
Sozial- und Kulturausschuss			7. Sitzung
Sitzungsort			Sitzungstag
Rathaus, Sitzungssaal, Hauptstraße 20, Marienheide			21.02.2008
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
08.02.2008		17:00 Uhr	20:00 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Heedt, Rudolf CDU

Ratsmitglieder CDU

Hüttenmeister, Monika CDU

Peppinghaus, Yvonne CDU

Tokarski, Jörg CDU

Ratsmitglieder SPD

Borner, Kurt SPD

Meckel, Birgit SPD

Vertretung für Herrn
Ralph Kühn

Vetter, Anke SPD

Sachkundige Bürger CDU

Feldhoff, Beate CDU

Schneider, Roswitha CDU

Viebahn, Renate CDU

Sachkundige Bürger SPD

Rosenthal, Werner SPD

Wegner, Winfried SPD

Sachkundige Bürger FDP

Körbel, Emmi FDP

Sachkundige Bürger UWG

Schellberg, Wolfgang UWG

Es fehlten:

Ratsmitglieder CDU

Liebig, Rolf

CDU

Ratsmitglieder SPD

Kühr, Ralph

SPD

ab 18.30 Uhr als Zuhörer

Von der Verwaltung

Herr Hartwig Eggert

Herr Norbert Tesch

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Sozial- und Kulturausschuss ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Öffentliche Sitzung:

1	Situation der Kindertageseinrichtungen in Marienheide unter Würdigung des neuen Kinderbildungsgesetzes (Kibiz)	Drucksache Nr.
----------	---	----------------

Zu TOP 1 wurde den Ausschussmitgliedern eine Tischvorlage über den Sachverhalt des neuen Kinderbildungsgesetzes (Kibiz) sowie eine Anlage zu Artikel 1 § 19 Kibiz über Gruppenformen vorgelegt.

Herr Kordt, zuständiger Fachdienstleiter des Jugendamtes des Oberbergischen Kreises, erläutert die grundlegende Änderung in der Finanzierung von Tageseinrichtungen ab dem 01.08.2008. Weiter führt er aus, dass die Träger künftig eine Kindpauschale erhalten, die sich nach dem wöchentlichen Betreuungsumfang richtet. Dabei muss eine Orientierung am aktuellen Betreuungsbedarf der Eltern sowie an den vom Jugendamt im Rahmen seiner Jugendhilfeplanung ermittelten Bedarfszahlen und Gruppenformen stattfinden.

Die künftigen Kindpauschalen werden den einzelnen Trägern per Bescheid zuerkannt. Das Jugendamt hat dem Land bis zum 15.03.2008 die Summe der Kindpauschalen der einzelnen Träger zu melden, damit bis zum 10.04.2008 ein Gesamtbewilligungsbescheid erteilt werden kann. Eine Korrektur der Kindpauschalen kann vom Jugendamt bis zum 01.12.2008 an das Land gemeldet werden.

Die Grundsätze der Bildungs- und Erziehungsarbeit zielen auf Sprachförderung und Entwicklung von Konzepten. Die Zusammenarbeit mit Grundschulen sowie eine Vernetzung der Tageseinrichtungen mit anderen Stellen, Einrichtungen, Familienzentren und Diensten sollen Bestandteil dieses Konzeptes sein.

In das Kibiz wurde auch die Förderung von Kindern in Kindertagespflege aufgenommen. Dazu erhält das Jugendamt pro Kind in einer Tagespflege einen Landeszuschuss von 725 €.

Ab 2010 haben Kinder von 2 – 3 Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Platz. Das Land beabsichtigt, in diesem Jahr 34.000 Plätze für Kinder unter 3 Jahren neu zu schaffen. Nach dem jüngsten Beschluss der Landesregierung sogar 44.600 Plätze, entsprechend dem durch die Jugendämter gemeldeten Bedarf.

Die künftigen Elternbeiträge wurden im Kreisjugendhilfeausschuss am 20.02.2008 nicht verabschiedet. Einzelne Fraktionen sahen noch einen Abstimmungsbedarf. Daher ist dieser TOP auf eine Sondersitzung am 28.02.2008 um 13.30 Uhr verlegt worden.

Eine Anpassung der Elternbeiträge ist aus Sicht der Verwaltung notwendig, da die Jugendämter durch die Umstellung der Förderung auf Kindpauschalen wesentlich weniger Fördermittel des Landes erhalten als bei der bisherigen Finanzierung der

Einrichtungen nach dem GTK.

Künftig soll es einen Geschwisterbeitrag für das 2. Kind von 50 % geben, die unterste Einkommensgruppe soll auf 15.000 € angehoben werden. Die einzelnen Einkommensstufen wurden dazu gerundet. Es seien 2 zusätzliche Stufen geschaffen worden mit einem Einkommen von über 73.000 € bis 85.000 € und einem Einkommen über 85.000 € im Jahr.

Der Beitrag der 2 – 3 Jährigen wurde nicht höher angesetzt als der für die Kinder mit einem Rechtsanspruch.

Zukünftig steht den Eltern die Möglichkeit offen, eine Betreuung von 25 Stunden, 35 Stunden oder 45 Stunden für ihre Kinder auszuwählen. Die Elternbeiträge sollen nach Vorschlag der Verwaltung für die überwältigende Mehrheit der Eltern nicht erhöht werden.

2	Gemeindebücherei	Drucksache Nr.
----------	-------------------------	----------------

2.1	Sachstandsbericht	Drucksache Nr.
------------	--------------------------	----------------

Frau Mattick berichtet über die ab 2006 ersetzte Software „Bibliotheca 2000“ sowie über den Medienbestand und die Ausleihzahlen, aufgeteilt nach den Medienarten in der Hauptstelle sowie in der Nebenstelle Müllenbach. Weiter berichtet sie über den Personalstand, die Öffnungszeiten, die Finanzierung und die Öffentlichkeitsarbeit. Der Bericht endet mit einem kleinen Ausblick auf 2008.

2.2	Erhebung von Ausleihgebühren	Drucksache Nr. BV/026/08
------------	-------------------------------------	------------------------------------

Herr Eggert verweist auf die Beschlussvorlage und darauf, dass die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) in ihrem Prüfungsbericht 2007 u. a. angeregt hat, zur Verbesserung der Haushaltssituation für die Buchausleihe in der Gemeindebücherei Gebühren zu erheben. Nach eingehender Diskussion entscheiden sich die Ausschussmitglieder für eine Variante des Berechnungsmodells 2 der Beschlussvorlage. Diese sieht wie folgt aus:

Familienkarte 13,-- €, Erwachsene 10,-- €, Kinder bis einschl. 15. Lebensjahr 3,-- €. Die Musterfamilie der Beschlussvorlage müsste ohne Familienkarte 16,-- € aufbringen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: zwei Gegenstimmen
Der Ausschuss beschließt die in der Beratung erarbeitete Gebührenregelung. Sie soll ab dem 01.01.2009 eingeführt werden.	

3	Bericht der Caritas Oberberg über die Entwicklung der Seniorenarbeit im Mehrgenerationenhaus	Drucksache Nr.
----------	---	----------------

Frau Kühr-Hohnermann berichtet, dass der Caritasverband Oberberg im Rahmen einer offiziellen Auftaktveranstaltung am 13.11.2007 die offene Seniorenarbeit von der Gemeinde Marienheide übernommen hat. Des Weiteren berichtet sie über die Öffnungszeiten, Veranstaltungen, Besucherzahlen und Planung weiterer Veranstaltungen und Programmpunkte. Sie weist darauf hin, dass die Seniorennachmittage und die Angebote von den Besuchern gut angenommen werden.

Die Gemeinde wird mit Unterstützung des Caritas Netzwerk Heilteich einen Seniorenratgeber erstellen, in dem alle wichtigen Informationen rund um die Seniorenarbeit in Marienheide gesammelt und veröffentlicht werden.

4	Mitwirkung der Ratsmitglieder bei der Ausgestaltung der Veranstaltung zum 15. Jahrestag der Städtepartnerschaft mit der polnischen Stadt Biala	Drucksache Nr.
----------	---	----------------

Frau Vetter schlägt vor, dass im Rat besprochen werden soll, wie in Zukunft mit der Städtepartnerschaft in Biala verfahren werden soll. Die Fraktionen sollen im Vorfeld Vorschläge erarbeiten. Herr Eggert berichtet von den Überlegungen in der Verwaltung, dass der Partnerschaftsverein künftig eine noch aktivere Rolle bei der Ausgestaltung der Partnerschaft übernehmen müsse. Nach dem Ausscheiden von Frau Klette könne der bisherige Leistungsumfang der Verwaltung nicht mehr beibehalten werden. Das heiße allerdings nicht, dass sich die Verwaltung völlig ausblenden wolle. Über Details müsse mit dem Partnerschaftsverein gesprochen werden. Herr Heedt schlägt vor, dass sich die Verwaltung, die Ratsvertreter und der Partnerschaftsverein an einen Tisch setzen. Herr Eggert nimmt den Vorschlag so mit in die Verwaltung.

5	Sachstandsbericht zur Unterbringung der Asylbewerber/Aus- und Übersiedler sowie Einweisungsfälle der Ordnungsverwaltung	Drucksache Nr.
----------	--	----------------

Zur Unterbringung der Asylbewerber/Aus- und- Übersiedler sowie Einweisungsfälle der Ordnungsverwaltung hat die Gemeinde z. Z. folgende Unterkünfte bereitgestellt:

Asylbewerber

Kahlenbergstr. 19, vier Wohnungen:

1. Wohnung geeignet für 3 Personen (Familie) mit 3 Personen belegt
2. Wohnung geeignet für 2 Personen (Geschwister) mit 2 Personen belegt

3. und 4. Wohnung für jeweils 2 Personen, hier ist eine Wohnung z. Z. mit einer Person belegt, die andere mit zwei Personen.

Kahlenbergstr. 27, mit einer Wohnung:

Geeignet für 5 Personen, z. Z. belegt mit 5 Personen.

Zwei zugewiesene Personen befinden sich z. Z. in Haft. Wohnraum muss aber auch für diese zwei Personen bereitgestellt werden.

Klosterstr. 29 a, mit einer Wohnung:

Geeignet für 6 Personen, belegt mit 5 Personen (Familie).

Die Unterkünfte Zum Schlahn 8 a bis 8 h, ehemals Klosterstr. 100 – 122, sind durch die Bezirksregierung Köln mit Schreiben vom 01.02.2008 rückwirkend zum 22.01.2008 entwidmet worden.

Aus- und Übersiedler

Hierfür hält die Gemeinde Marienheide die Unterkunft Am Struckey 8 bereit. Diese Unterkunft ist für bis zu 8 Personen vorgesehen.

Anzumerken ist, dass bei den letzten Zuweisungsfällen durch hier lebende Familienangehörige bereits Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt angemietet worden sind, so dass eine Unterbringung in dem Übergangsheim nicht notwendig wurde.

Obdachlose oder von Obdachlosigkeit bedrohte Personen

Auf Grund der umfangreichen Renovierungsarbeiten an dem Gebäude Am Struckey 15 hat die Gemeinde für den betroffenen Personenkreis zum jetzigen Zeitpunkt keine spezielle Unterbringungsmöglichkeit. Ggf. müsste das Gebäude Am Struckey 8 genutzt werden.

Nach Fertigstellung des Gebäudes Am Struckey 15 ist vorgesehen, das Erdgeschoss des Gebäudes für die Unterbringung der Obdachlosen bereitzustellen.

Es handelt sich um:

2 Wohnungen von je 33 m² und 2 Wohnungen von je 45 m² Größe.

Das Obergeschoss des Gebäudes wird für die Unterbringung der zugewiesenen Asylbewerber bereitgestellt. Die Wohnungsgrößen sind identisch mit denen des Erdgeschosses.

6	Mitteilungen und Verschiedenes	Drucksache Nr.
----------	---------------------------------------	----------------

1. Herr Eggert teilt mit, dass für die Wahl der Jugendschöffen (Wahlperiode 2009 – 2013) zwei Frauen und zwei Männer vorgeschlagen werden müssen, die nach Möglichkeit erzieherisch befähigt und in der Jugenderziehung erfahren sind. Hierzu könnten die Fraktionen der Verwaltung Vorschläge machen. Ein entsprechender Aufruf der Gemeinde erfolge auch im Rundblick.
2. Frau Offermann stellt den Sachstandsbericht des 15. Blumenschmuckwettbewerbes 2007 in der Gemeinde Marienheide vor.
3. Des Weiteren berichtet Frau Offermann über die Altenfeier vom 15.09.2007 in der Aula der Gesamtschule in Marienheide. Sie bedankt sich im Namen der Verwaltung für die tatkräftige Mithilfe der Rats- und Fraktionsmitglieder bei der Bewirtung der zahlreichen Gäste. Die Ausschussmitglieder werden gebeten, sich auch in diesem Jahr für die Altenfeier am 13. September 2008 tatkräftig zu engagieren.
4. Frau Vetter teilt zum Projekt Heidenstraße mit, dass am 07.09.2008 auf dem Gelände der Katholischen Kirche (Wegmarkierung an der Klosterstraße) in unmittelbarer Nähe der Kindertageseinrichtung ARCHE, ein Findling mit Bronzeplatte als Stein Nummer 16 des Projekts aufgestellt werden soll. Gespendet wird der Findling von der BGS (Bergische Grauwacke Steinbruch) Lindlar. Den Transport und das Aufstellen übernimmt die Firma Andreas Bock aus Marienheide-Griemeringhausen.
Zur Finanzierung der Bronzetafel in Höhe von ca. 2.000 Euro wird der Bürgermeister gebeten, bei der Findung von Spendern behilflich zu sein. Die Verwaltung ist angesprochen worden, den geplanten Standort zu prüfen.

Weiter wird angefragt, welche Regelung gefunden werden kann, um die Pflege der im Verlauf der Trasse der alten Heidenstraße angepflanzten Sträucher nachhaltig zu garantieren. Diesbezüglich soll der SGV angesprochen werden.

Vorsitzender

Schriftführerin

Rudolf Heedt

Roswitha Offermann